



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Kosten der einstweiligen Unterbringung und des Vollzugs von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch- und/oder suchtkranken Straftätern
(Kap. 10 72 Tit. 633 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 72 wird der Ansatz im Tit. 633 01 (Kosten der einstweiligen Unterbringung und des Vollzugs von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch- und/oder suchtkranken Straftätern) für das Jahr 2026 von 417.939,0 Tsd. Euro um 17.939,0 Tsd. Euro auf 400.000,0 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 10 72 wird der Ansatz im Tit. 633 01 (Kosten der einstweiligen Unterbringung und des Vollzugs von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch- und/oder suchtkranken Straftätern) für das Jahr 2027 von 427.679,0 Tsd. Euro um 27.679,0 Tsd. Euro auf 400.000,0 Tsd. Euro gekürzt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Die Zahl der Aufnahmen im Bayerischen Maßregelvollzug sind von 1 653 im Jahr 2020 auf 1 078 im Jahr 2024 deutlich zurückgegangen. Diese Entwicklung zeigt, dass eine strukturelle Entlastung des Systems möglich ist.

Gleichzeitig weist die Belegungsstatistik auf einen problematischen Trend hin: Der Anteil nichtdeutscher Straftäter ist innerhalb weniger Jahre auf über ein Viertel gestiegen. Dies ist keine zufällige Entwicklung, sondern die Folge einer seit langem verfehlten Einwanderungs- und Rückführungspolitik. Die Anordnungszahlen im Maßregelvollzug können durch eine gezielte Migrationspolitik deutlich und nachhaltig gesenkt werden. Ziel muss es sein, den Maßregelvollzug wieder auf seine Kernaufgabe zu konzentrieren. Ausländische Täter, die wegen schuldunfähiger Begehung schwerer Gewalttaten nicht strafrechtlich verurteilt werden können, stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, weshalb unverzüglich aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu erfolgen haben.

Unter all diesen Gesichtspunkten und unter Einhaltung geltenden Rechtes, können die Ausgaben in diesem Titel in beiden Jahren reduziert werden.